

Stellungnahme der Wählergruppe Schneider zur Antidiskriminierungsagenda

Unsere Wählergruppe hat sich von Anbeginn zum Grundgesetz bekannt und dies in der Aufstellungsversammlung und unseren Leitlinien, im Internet öffentlich gemacht. Außerdem waren wir die einzige politische Gruppe, die im Mai, zum 70sten Jahrestag des Grundgesetzes, dieses aktiv und öffentlich beworben hat.

Wir sehen keinen Anlaß etwas zu unterschreiben, was selbstverständlich ist. Außerdem sind in Art.3 GG alle Diskriminierungsverbote schon enthalten, u.a. steht da auch, daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden darf.

Aber genau das mußte unsere Wählergruppe im Kommunalwahlkampf erleben. Stadträte haben Restaurantpächter genötigt ihre Zusagen zu widerrufen und sogar der Stadtvorstand hat uns in Verletzung der Neutralitätspflicht und der Gemeindeordnung kommunale Räume verweigert um uns auszugrenzen. Es gibt also durchaus einige Personen in diesem Raum, die es dringend nötig hätten diese Agenda zu unterschreiben, aber wir nicht.

Außerdem handelt es sich um eine interessengeleitete Verpflichtungserklärung zugunsten Dritter. Personen, Gruppen, Vereine, Organisationen und Einrichtungen sollen da in jeglicher Hinsicht unterstützt werden, ohne daß bekannt ist, um wen es sich da handelt.

Genauso anonym tritt diese Steuerungsgruppe auf. Eine Steuerungsgruppe mit dem Etikett, „Stadt mit Courage“ hat keinen einzigen Speyerer Bürger gefunden mit dem Mut, um im Impressum der Webseite verantwortlich zu zeichnen. Abgesehen davon hat das Impressum dieser Website keine ladungsfähige Anschrift, ein Verstoß gegen das Landesmediengesetz. Außerdem bezieht sich das Impressum auf §5 Telemediengesetztes ein Gesetz für geschäftsmäßige Diensteanbieter. Zumindest ein Indiz, daß es sich hier um eine Gruppe handelt, die nicht nur ideale Ziele verfolgt, sondern ein Geschäftsmodell.

Ich möchte darauf hinweisen, daß solche Verpflichtungserklärungen eine gängige Methode waren zur Gesinnungsüberwachung in der DDR. Funktionäre mußten Erklärungen unterschreiben und sich zum Sozialismus, zur Partei, zur Arbeiterklasse bekennen und wer sich weigerte war als Feind des Systems markiert.

Daß wir zum 30ten Jubiläum des Mauerfalls wieder mit DDR- Methoden konfrontiert werden ist sehr befremdend.

Die Freiheitsrechte wie sie im Grundgesetz garantiert sind und wie sie im Rahmen der geltenden Gesetze für alle bindend sind, haben mit solchen Verpflichtungserklärungen nichts zu tun. Freiheit und Rechtsstaat sind nicht teilbar. Alleine das Bekenntnis zum GG bindet und das gilt auch für uns Stadträte. Da ist kein Platz für unseriöse und anonyme Steuerungsgruppen, für politische Akteure in Komplizenschaft mit der Antifa, die sich als Gesinnungswächter aufspielen.

Darum werden wir nicht unterschreiben !